

Ausstrahlung hat viele Formate

Frank Decker und Eckhard Jesse vermischen die öffentliche Resonanz der Politikwissenschaft. Doch sie sind blind für das Fach, das sie kritisieren, und für seine neuen Kanäle.

Von Sebastian Huhnholz

Geht man nach dem Zerrbild vom „Fach ohne Ausstrahlung“, das Frank Decker und Eckhard Jesse jüngst in dieser Zeitung zeichneten (F.A.Z. vom 20. April 2016), dann ist etwas faul in der deutschen Politologie: Ihre Großereignisse seien nicht gefragt, von ihren Kathedern aus werde nicht mehr verkündet, was Decker und Jesse für politisch einflussreich befinden.

Zweifellos legen beide den Finger gegen in manche Wunden. Zwischen einigen hochspezialisierten Fachbereichen herrscht Sprachlosigkeit, schlimmstenfalls durch Unverständnis genährte Geringschätzung. Altvertraut sind Klagen über Begutachtungskartelle, Zahlenokkultismus und Rankingfetisch, Geschichtsvergessenheit, Kauderwelsch und Herdentrieb. Wo das Fach indes Systemkritik betreibt, bleibt es den Maschinenräumen der Macht schon aus methodischen Gründen fern. Aber sind deshalb Webers oder Adornos Visionen seelenloser Apparatschiks und entfremdeter Staatsingenieure zum Ideal einer entkernten Spielplatzwissenschaft geworden?

„Öffentlich“ geistreich im Sinn von Decker und Jesse ist die Politologie heute selten. Gelesen werde ja ohnehin nicht, Deutsches aus Prinzip nicht und Bücher schon gar nicht. Das mag auf Teildisziplinen zutreffen. Breite Bildung gilt manchen als Privatvergnügen oder wird als Einstieg in die ewige Privatdozentur verachtet. Wer seine Themen nicht auf rentable Slogans bringt, gilt an unseren klammern Universitäten schnell als berufs-unfähig. Doch sind das die Gründe, warum die „jüngere Generation“ keine heroischen Macher vom Schlag eines Eschenburg, Kielmannsegg oder Scharpf hervorbringt, nach denen sich Decker und Jesse zurücksehen? Sind die heutigen „Stars“ im Vergleich zu ihren Vorgängern nur scheue Drittmittelmillionäre, gedanklich immer schon beim nächsten Bewerbungspapier?

An diesem Bild ist vieles schief. Zunächst ist die Lage der Politologie nicht vom Bildungssystem gelöst zu betrachten. Decker und Jesse verniedlichen ein generelles Problem zum partiellen Symptom und suggerieren sogar, dass die Frontlinien zwischen den Fächern zu suchen seien. Dass im „akademischen Kapitalismus“ (Richard Münch) neoliberale Benchmarks als non plus ultra „wirksamer“ Wissenschaft angeboten werden, ist aber ein fächerübergreifender Fluch. Was Decker und Jesse zu Recht als intellektuelle Formatierung und Kleinteiligkeit beklagen, ist für neoliberale Technokraten der in Erfüllung gegangene Traum universeller Vergleichbarkeit.

Als Drittmittelfabrik im Prestigewettbewerb ist die Hochschule aber kein politologisches Phänomen! Selbst die zwei jüngeren Krisen des politologischen Dachverbandes DVPW – der Skandal um Theodor Eschenburg als Namensgeber des Verbandspreises sowie die überfällige Reform des Verbands – sind Ausdruck zunehmender Deformationen zwischen den Generationen und Standorten. Dass Decker und Jesse das nicht erkennen und lieber von „grundsätzlichen Fragen des Fachverständnisses“ reden, um dann doch nur auf eine bestimmte ältere Garde zu schauen, zeigt, dass sie gar kein „Fach“ sehen.

Fraglos können beide Reputation, Einfluss und Prominenz unterscheiden. Doch warum gilt ihnen nur die Sichtbarkeit eines bestimmten Gelehrtenstypus als Ausweis von Wirksamkeit? Ist es ein

Zeichen fehlender „Ausstrahlung“ des Fachs, dass Jahr für Jahr Tausende Absolventen verlässlich in Wirtschaft, Politik und zivilgesellschaftlichen Organisationen plazierte werden? Nein. Denn lässt man die Zahlen sprechen, steht die Politologie tadellos da, wie Decker und Jesse zugeben. Nichts anderes aber dürften sie beim Blick in jüngere Politalkshows behaupten. Ob Karl-Rudolf Korte, Claus Leggewie, Herfried Münkler, Peter Neumann, Heinrich Oberreuter oder Hans Vorländer – ein Mangel an Köpfen ist nicht erkennbar. Auf „Phoenix“ gehört die Politologie gar zum Inventar.

Wo also liegen Defizite? Darauf gibt auch die Publikationsschelte der Autoren keine Antwort. Zum einem würdigen sie kaum die Literatur, die nach 1990 jenseits honorierter Eckprofessuren erschienen ist. Schleierhaft bleibt, wie man volle Tagungen, Schwerpunktthemen, Forschungsprojekte und auf Wirtschaft-, Finanz-, gelegentlich sogar auf Fiskalpolitik spezialisierte Lehrbereiche begreifen soll, wenn doch jene, die sich damit befassen, angeblich „an einer Hand abzuzählen“ sind. Überdies sind einige der von Decker und Jesse als Dinosaurier vorgeführten Kollegen quicklebendig, präsent und einflussreich. Wozu also der museale zelebrierte Ordinarienkult?

Wie zum Hohn ergibt sich das große Klagen dann gezielt auf Jüngere. Die brächten sich Decker und Jesse kaum in edlen deutschen Publikationen zu Gehör. Dürfen und sollen hierzulande denn alle einfach so an angestammten Orten publizieren? Begutachtet der Nachwuchs sich etwa selbst? Kein Wort verlieren Decker und Jesse über die Rolle der Massenmedien. Komplett übergehen sie die Tatsache, dass längst digitale Plattformen als Alternativen etabliert sind. Diese florieren nicht zuletzt, da in ihnen der Mittelbau leichter zu Wort kommt und unterm Radar des Elfenbeinturms große Zielgruppen erreicht. Diese Medien sind keine minderwertigen Testformate. Wissenschaftsblogs sind zum integralen Bestandteil der akademischen Gemeinschaft avanciert.

Brennende Themen des Fachs wie Postdemokratie und Kosmopolitismus, Populismus und globaler Terrorismus sind eng mit dem Internetzeitalter verbunden. Sie verlangen neue Forschungswege, die dem Wandel des Politischen Rechnung tragen. Wer bereit ist, dies überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, würde auch die Produktion von Tageszeitungen, Fernsehkanälen, Stimmungsparteien und Expertengremien mit anderen Augen sehen. Sicher: „Bekannt aus Funk und Fernsehen“ wird man damit kaum noch. Dafür verfängt man sich aber nicht im Personenkult. Wer sehnt sich schon nach jenen Fachgöttern, die mit Anekdoten über Kaffeekränzchen im Kanzlerbungalow ganze Einführungsverlesungen bestritten?

Zurückzuweisen ist daher Deckers und Jesses Hohelied auf die „Tradition“ des Fachs. Sie bemühen dafür sogar den legendären Schlagabtausch zwischen Wilhelm Hennis und Jürgen Habermas von 1975. Hennis war Jurist. Habermas ist Sozialphilosoph und heute Garant einer global vorzeigbaren deutschen Politikwissenschaft. Es gab nie reine Politologie. Das Fach ist von jeher interdisziplinär; viele seiner früheren Granden waren allenfalls randläufig politologisch studiert. Ihre Prominenz und geistige Ausstrahlung verdankten sie umfassender Bildung, tiefer Kenntnis der Geschichte und häufig einer Herkunft aus den Rechtswissenschaften.

Einige der von Decker und Jesse ungenannt gebliebenen Gründungspersönlichkeiten des Fachs waren überdies nach 1945 Zurückgekehrte. Ihr moralisches Gewicht und ihre Weltläufigkeit verliehen der neuen Wissenschaft Kraft. Wer dieses „Früher“ unbedingt romantisieren will, sollte wenigstens abseits der Disziplin Kontakte pflegen und auch weltweit nach Gleichgesinnten suchen. Wer sich dagegen mit Wehklagen begnügt, verkennt die Qualitäten der Politikwissenschaft, und zwar aktuelle ebenso wie klassische.

Sebastian Huhnholz arbeitet am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der LMU München.



Netzwerkarbeit als Drahtseilakt: Die Gefahrenzonen der traditionellen Ökonomie sind leichter zu erkennen.

Foto AP

Mit der Vernetzung wachsen die Lücken

Risikogesellschaft: Der Stand der IT-Sicherheitsforschung in Deutschland

Geisterhaftes geschah in der vergangenen Woche an den Computerterminals deutscher Universitäten: Wie auf höheren Befehl setzten sich von Tübingen bis Hamburg Drucker in Bewegung, um stapelweise rassistische Pamphlete auszusprechen. Der Marschbefehl kam wohl aus den Vereinigten Staaten, der Täter ist unbekannt. Ein kleiner und noch harmloser Ausblick auf die Sicherheitsrisiken, die in der vernetzten Zukunft liegen, die man unter dem Begriff Industrie 4.0 oder Internet der Dinge subsumiert. In den Szenarien der Sicherheitsforscher geht es um gehackte Autos, Flugzeuge und Kraftwerke, um neue Zonen des asymmetrischen Krieges. Welchen Schutz gibt es davor?

Prinzipiell ist eine gute Verschlüsselung nicht zu knacken. Die Multiplikation zweier Primzahlen fällt beispielsweise leicht, die Auflösung ihres Produkts in seine unbekanntenen Faktoren stellt dagegen selbst NSA-Rechner vor ein Problem, sobald es sich um eine Größenordnung von zwei hoch tausend handelt: mehr Atome als

das Universum und so viele Stellen wie ein guter kryptographischer Schlüssel. So klingt die Botschaft des IT-Sicherheitsforschers Michael Backes von der Universität Saarbrücken, der Hochburg der deutschen Informatik, erst einmal beruhigend. Backes reizt der Sieg der Idee über die Rechenkraft: Bestimmte Funktionen knackt nicht einmal der Quantencomputer, sollte es ihn wirklich einmal geben.

Die beste Kryptographie ist aber nur so gut wie Betriebssystem, Router und Software, auf denen sie läuft. Die Fallstricke liegen bei der Implementierung. Gegen Programmierfehler und eingebaute Hintertüren, an denen auch die NSA ihre Fühler ansetzt, sind die Sicherheitstechniker oft machtlos. Breitflächige Verschlüsselung machte es den Angreifern zwar erheblich schwerer, und hier liegen unausgeschöpfte Potentiale, trotzdem werden die Sicherheitslücken in Zukunft eher wachsen.

Seit Cyberkrieger im letzten Jahr selbst in die Server der renommierten Sicherheitsfirma Kaspersky eindringen und IT-

Experten ein gehacktes Auto mit seinem hilflosen Fahrer in den Straßengraben beförderten, scheint in der vernetzten Welt nicht mehr viel sicher. Cloud, Big Data, Internet der Dinge und Industrie 4.0 potenzieren die Gefahren. An den Schnittstellen der Systeme öffnen sich überall neue Sicherheitslücken. Eine digitale Krankenkarte etwa ist umso fragiler, je mehr Systeme sie durchläuft – je mehr sie also im Internet der Dinge ihre Bestimmung findet. Eine fehlerhafte Software reicht, um die unter Hackern begehrten und mittlerweile zu hohen Preisen gehandelten Medizindaten abzugreifen. Die personalisierte Medizin, die sensible Patienteninformationen systematisch in Umlauf bringt, muss sich über ihre technische Infrastruktur rechtzeitig Gedanken machen.

Um die Angriffsflächen zu minimieren, fordert Backes auch Investitionen in eigene Infrastrukturen. Bei Betriebssystemen und Prozessoren sei technologische Autarkie angesichts des Rückstands zu den Vereinigten Staaten utopisch, Microcontrol-

ler für die vernetzte Industrie und Router sollte Europa aber (wieder) selbst entwickeln. Man kann einen gewissen Optimismus daraus ableiten, dass Hersteller und Kunden erst seit kurzem begonnen haben, Sicherheit als Wettbewerbsvorteil zu begreifen. So ist Google sicher kein Freund des Datenschutzes, die Sicherheit seines mobilen Betriebssystems Android ist ihm aber wichtig. Mit einer europäischen Cloud für wissenschaftliche Forschungsdaten hat auch die EU jüngst einen großen Schritt in diese Richtung getan und mit zwei Milliarden Euro keinen finanziellen Aufwand gescheut.

Eine systematische Sicherheitsforschung hat sich in Deutschland, das wegen seiner starken Industrie ein beliebtes Ziel von Hackerangriffen ist, seit einem knappen Jahrzehnt entwickelt. Häufig wird darüber geklagt, dass der Mittelstand nicht ausreichend auf Cyberangriffe vorbereitet sei, wozu ihn das IT-Sicherheitsgesetz seit verganginem Jahr verpflichtet. In diesem Jahr, rechnet der Branchenver-



Michael Backes

Foto imago

band Bitkom vor, seien zwei Drittel der deutschen Unternehmen Opfer von Cyberattacken geworden, der jährliche Schaden belaufe sich auf 22,4 Milliarden Euro. Das BMBF antwortete vor fünf Jahren auf die gewachsene Gefahr mit der Gründung von zwei großen Kompetenzzentren in Saarbrücken und Darmstadt und einem kleineren in Karlsruhe. Dem Ministerium liegt besonders am Schutz der kritischen Infrastrukturen, also an Kraftwerken, Krankenhäusern oder Verkehrsbetrieben.

Am Darmstädter „Center for Research in Security and Privacy“ (Crisp), das Bund und Land derzeit mit sechs Millionen Euro im Jahr fördern, forschen über vierhundert Wissenschaftler der beiden Darmstädter Hochschulen und des Fraunhofer-Instituts für Sichere Informationstechnologie (FIS). Die Forschung konzentriert sich auf gebrauchsfertige Produkte wie die für dieses Jahr angekündigte „Volksverschlüsselung“, ein leicht bedienbarer Mailschlüssel, oder den „Appicaptor“, eine Prüfsoftware für Apps.

Das Saarbrücker „Center for IT-Security, Privacy and Accountability“ (Cispa) bildet mit zwei Max-Planck-Instituten, einem Exzellenzcluster und dem Deutschen Zentrum für Künstliche Intelligenz einen stärker auf Grundlagenforschung gerichteten Forschungsverbund. Sein Leiter Michael Backes richtete 2011 in Saarbrücken den ersten Studiengang für IT-Sicherheit ein. Wer dieses Fach heute studiert, muss sich um seine Zukunft nicht sorgen. Die Forschung ertrinkt regelrecht in Fördermitteln. Die Absolventenzahl bleibt aber noch weit hinter den Wünschen der Wirtschaft zurück. Laut Bitkom fehlen dem Land 40 000 Experten.

Lassen sich neue rechtliche Vorgaben wie das IT-Sicherheitsgesetz oder die europäische Datenschutzverordnung nun technisch überhaupt umsetzen? Die Antwort von Michael Waidner, Direktor am Darmstädter Crisp und FIS, fällt abwegend aus. Im Umgang mit fremden Produkten sei vieles Vertrauenssache. Mit einer Auditing-rolle ließe sich beispielsweise prüfen, was Unternehmen mit den ihnen anvertrauten Daten machen, praktisch sei das Verfahren aber zu aufwendig. Und theoretisch, sagt der Darmstädter IT-Professor Armin-Reza Sadeghi, lässt sich auch in der Cloud mit verschlüsselten Daten rechnen, bis zum praktischen Einsatz werde es aber noch lange dauern.

Sadeghi rät auch nicht zum Vertrauen in die Versicherung der Anbieter medizinischer Armbränder, persönliche Daten nicht in die Cloud zu laden, wo zumindest der Betreiber mühelos Zugriff auf sie hätte. Die meisten Produkte im Internet der Dinge seien für Hacker leichte Beute. Waidner ist immerhin optimistisch, dass die unvermeidlichen Sicherheitslücken für besonders sensible Bereiche wie das autonome Fahren oder die personalisierte Medizin nicht zur Sackgasse werden, begründet die Zuversicht aber nicht. Die derzeitige Rechtspraxis läuft anscheinend auf Schutzgarantien und Verbote ohne reale Kontrollmöglichkeit hinaus.

Das größte Sicherheitsrisiko ist aber immer noch der sorglose Umgang der Bürger mit ihren persönlichen Daten. Solange nicht einmal Experten wissen, ob es am digitalen Profil lag, wenn eine Bewerbung im Papierkorb landet, wird sich die Mentalität nicht entscheidend wandeln. Backes forscht mit den zehn Millionen Euro eines EU-Synergy-Grant an einem digitalen Lebensbegleiter, der die Folgen jeden Klicks für das digitale Profil berechnet und im Zweifel vom Besuch einer Website abrät – weil er Unvorteilhaftes oder zu viel verraten könnte. Ein ambitioniertes Projekt, das mit viel Glück in zwanzig oder dreißig Jahren einmal ein praktisches Werkzeug ergeben könnte. Dann stellte sich die nächste Sicherheitsfrage: Wie schützt man dieses allwissende Gerät, das angesichts seiner „unfassbaren Komplexität“ (Backes) selbst Berechnungen in die Cloud auslagern müsste?

Man wird sich auf geringem Sicherheitsniveau einrichten müssen, mit der Hoffnung, dass die Forschung die größeren Lücken schließt. THOMAS THIEL

Wer bestimmt, was an der Universität gelehrt wird?

Berlin plant ein Zentrum für islamische Studien: Gelingen wird das nur, wenn der Einfluss radikalkonservativer Islamverbände begrenzt wird

Seit acht Jahren diskutiert man in Berlin über ein eigenes Zentrum für islamische Studien. Der Bund, der gerade erst weitere zwanzig Millionen Euro für die bestehenden fünf zugesichert hat, will es nicht fördern. Außer den Zentren in Münster-Osnabrück, Tübingen, Frankfurt und Erlangen-Nürnberg beteiligen sich noch vier Pädagogische Hochschulen und die Akademie der Weltreligionen (AWR) der Universität Hamburg an der Ausbildung von Religionslehrern.

Inzwischen hat der Berliner Senat zugesichert, sein Projekt selbst zu finanzieren. Aber die Berliner Universitäten scheinen nicht begeistert zu sein, obwohl die Politik inzwischen zur Eile drängt und mit dem Projekt wohl auch gern im Wahlkampf punkten würde. Nur sind die wichtigsten inhaltlichen Fragen, vor allem die nach den Befugnissen eines Beirates, unbeantwortet. Es gibt lediglich eine Absichtserklärung, auch in Berlin Imame, Religionslehrer und islamische Sozialarbeiter auszubilden. Weder die Freie Universität noch die Humboldt-Universität wollen die insti-

tutionelle Führung übernehmen. Völlig unklar ist, welcher islamischen Glaubensrichtung der Vorrang eingeräumt wird oder ob man sich bemühen will, einen modernen Ansatz durchzusetzen, bei dem Konfession und Herkunftsland eine untergeordnete Rolle spielen. Denn immer noch ist der islamische Religionsunterricht in Deutschland trotz aller Glaubensvielfalt – „den Islam gibt es nicht!“ – eine sunnitische Veranstaltung.

Die Aleviten, wegen ihrer liberalen und garantiert säkularen Haltung von den orthodoxen Verbänden beargwöhnt, haben sich nicht nur in Berlin aus der Einheitsveranstaltung verabschiedet. Sie schicken eigene Lehrer in die Schulen. Die Ankündigung, der Berliner Senat werde mit allen „großen Verbänden“ über die Zusammensetzung eines Beirates für die universitäre Ausbildung verhandeln, wird sie nur bestärkt haben, ihren eigenen Weg zu gehen.

Die offene Beiratsfrage ist der große Schatten, der auf das ehrgeizige Berliner Projekt fällt. Im Berliner „Tagesspiegel“ wies FU-Präsident Peter-André Alt jetzt

noch einmal auf die „Herausforderungen“ hin, die eine Zusammenarbeit mit Islam-Verbänden mit sich bringe. Man befürchte Verhältnisse wie in Münster.

Die Universität Münster, die das erste Zentrum für islamische Studien einrichtete, ringt von Anfang mit den Verbänden, die nicht nur die Deutungshoheit über den rechten und einzig akzeptablen Islam für den Religionsunterricht beanspruchen. Es ist üblich geworden, nur noch über die zum Teil grotesken Attacken der Ditiib und anderer sogenannter Dachverbände gegen Professor Mouhanad Khorchide zu reden. Doch der Konflikt ist viel älter. So wie man seit Jahren gegen Khorchide intrigiert und immer mal wieder seine Entfernung aus dem Amt fordert, so sind die im „Koordinierungsrat der Muslime“ versammelten Dachverbände bereits 2008 gegen Deutschlands ersten islamischen Theologen, Muhammad Sven Kalisch, vorgegangen. Denunziationen wurden gestreut, Hermeneutik und historisch-kritische Methode abgelehnt, als handle es sich um Teufelszeug. Den ex-

trem konservativen Verbänden, die auch heute nur – großzügig geschätzt, weil es niemand genau weiß – zwanzig bis fünfundzwanzig Prozent der deutschen Muslime vertreten, unterwarf sich auch die Politik. Der Wissenschaftsminister griff sogar in die Hochschulautonomie ein. Kalisch, dessen Berufung und Lehrinhalte die gleichen Verbände zuvor abgesegnet hatten, wurde aus dem Amt gedrängt.

Das war der Sündenfall deutscher Religionspolitik, der seine giftige Wirkung bis heute entfaltet. Auch wenn sich viele bemühen, darüber den Mantel betretenen Schweigens zu breiten: Es sind die gleichen Verbände, allen voran die aus der Türkei gesteuerte „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion“ (Ditiib), die mit den gleichen Mitteln gegen Lehrpersonen in Münster hetzen. Die Verbände, weder wissenschaftlich dafür ausgebildet noch berechtigt, wollen Berufungen und Lehrinhalte beeinflussen. Es sind religiöspolitische Lobbyisten, die weder Wissenschaftsfreiheit noch Staatsferne akzeptieren. Trotzdem behandelt man sie wie

die Kirchen, obwohl ihre Struktur und ihre Ziele ganz andere sind.

In Berlin eskalierte das Beiratsproblem schon im vergangenen Jahr, als bekannt wurde, wer dort Mitsprache sucht: Auf einer halbamtlichen Vorschlagsliste befanden sich Dachverbände mit großer Nähe zum Netzwerk der radikalen Muslimbruderschaft und zu islamistisch eingefärbten Milli Görüs. Doch auch die konservative Ditiib, mit der staatliche Institutionen so gern verhandeln, wäre alles andere als ein Garant für die autonome Lehre. Wer diesen Verbänden zu viel Einfluss zugeht, wird nicht nur die bekannten Störungen provozieren. Er liefert ihnen auch mindestens drei Viertel aller Muslime aus, die mit ihnen nichts zu tun haben wollen und die für ihre Kinder einen Religionsunterricht wünschen, der das Niveau des protestantischen und katholischen hat.

Die „religiöse Renaissance eines europäischen Islam“, wie sie der Freiburger Theologe Abdel-Hakim Ourghi als Vision in dieser Zeitung beschrieb, geht nur ohne diese Verbände. REGINA MÖNCH